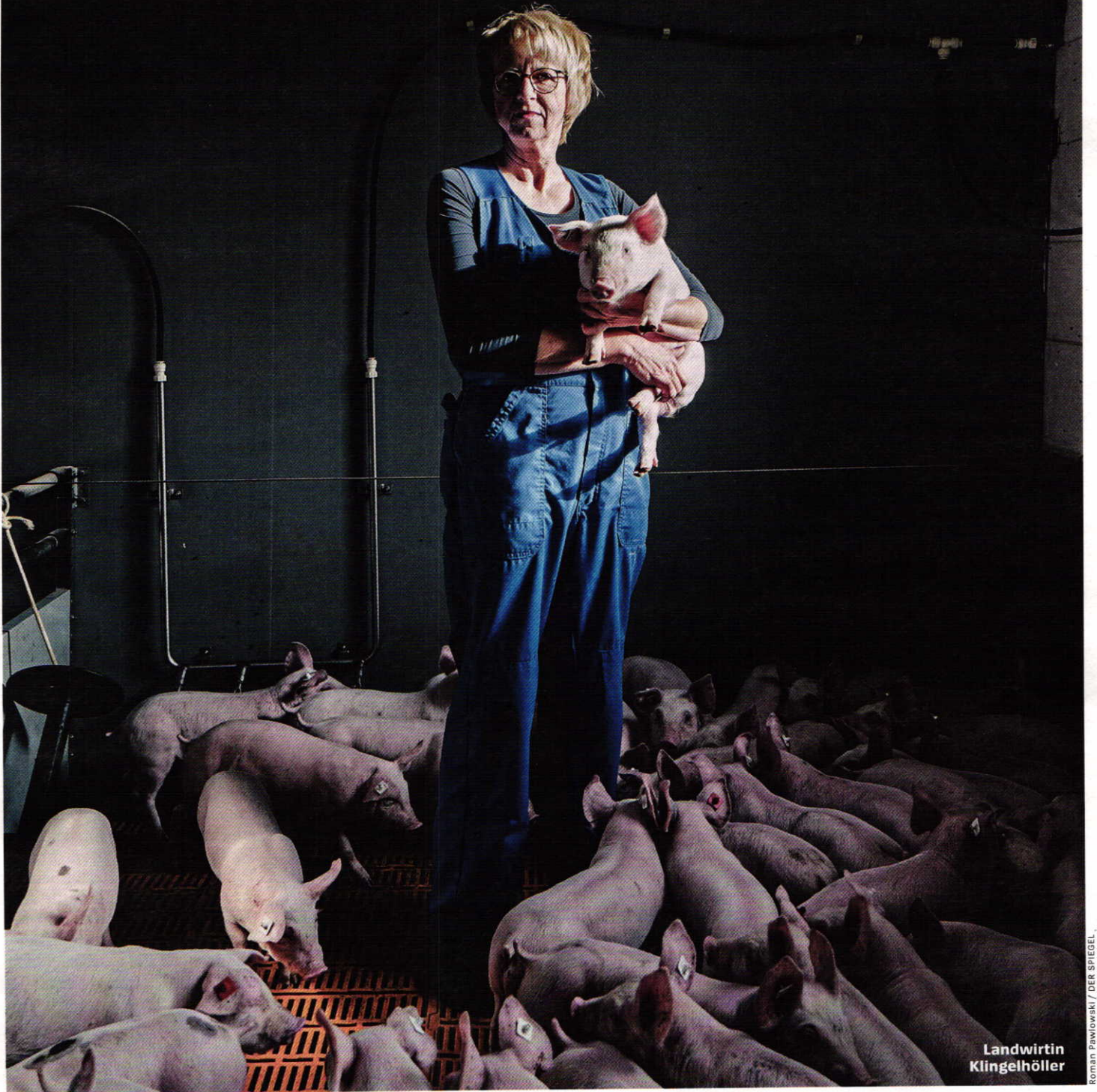


»Wir müssen von unserer Arbeit leben, wir sind doch kein Zoo«

ERNÄHRUNG Mehr Platz für Schweine, mehr Geld für die Bauern: Der Umbau der deutschen Landwirtschaft schien endlich auf einem guten Weg. Bis die Inflation die Deutschen wieder an die Billigfleischtheke trieb. War's das mit dem Tierwohl?



Landwirtin
Klingelhöller

ROMAN PRYKOWSKI / DER SPIEGEL

Siebenkommafünf, das ist die Zahl, auf die es ankommt. 7,5 Kilogramm wiegt ein Ferkel aus dem Stall von Dagmar und Andreas Klingelhöller, nachdem es von der Mutter vier Wochen gesäugt wurde. Andernorts schaffen die Tiere oft nicht mal 6. Die Landwirtin greift ein Ferkel aus einer der fünf Boxen, hält es hoch wie eine Trophäe. Und noch eine Zahl hat sie parat: Ihre 690 Sauen schaffen pro Wurf durchschnittlich 14 Ferkel statt wie früher 12. Effizienter geht es kaum.

Für drei Millionen Euro hat das Agraringenieurspaar den Stall in Niedersachsen 2008 gebaut und den Betrieb fit gemacht für den Weltmarkt: Kosten optimieren, kein Futter verschwenden. Mehr Fleisch für weniger Geld. So wie es Politik und Bauernverbände über all die Jahre gepredigt hatten. Bis auf einmal alle nur noch von Tierwohl redeten und die Klingelhöllers, die alles aus den Schweinchen herausholten, »wie die Bösen« dastanden und sich rechtfertigen mussten »für unsere Effizienz«.

Dagmar Klingelhöller hat gar kein Problem damit, gern mache sie die Ställe tierfreundlicher, sagt sie. »Aber es muss uns doch jemand bezahlen dafür.« Ihre Ställe seien »kein Zoo, wir müssen von unserer Arbeit leben, wie Tischler und Ärzte«.

Die neuen Tierwohl-Gesetze sehen vor, dass Sauen künftig zum Besamen und nach dem Abferkeln nicht mehr wochenlang zwischen enge Metallgitter gezwängt werden dürfen. Dazu müssen die Klingelhöllers ihren Stall umbauen, in gut einem Jahr muss das Konzept dafür stehen, fünf Jahre darauf sollen die Tiere dann im Deckzentrum in Gruppen leben, jede Sau fünf Quadratmeter Platz haben und irgendwann auch mit ihren Ferkeln mehr Fläche bekommen als heute. Andreas Klingelhöller hat das alles durchgerechnet. »Finanziell nicht machbar«, sagt er. Die Ferkelpreise seien schon in normalen Zeiten kaum auskömmlich. Und schon gar nicht in diesen.

Der Betrieb schreibt Verluste, rund 15 Euro Minus pro Ferkel. Die gestiegenen Ausgaben fressen die Einnahmen weg. Futter kostet doppelt so viel wie vor 24 Monaten, Energie das Fünffache.

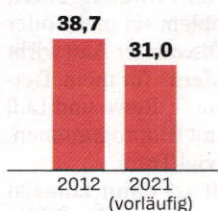
Der Systemwechsel, weg vom immer mehr und immer billiger, hin zu einer tierfreundlicheren Landwirtschaft, dieser Systemwechsel, der so lange eingefordert worden war und zuletzt tatsächlich so greifbar schien, wurde von der Inflation in nur wenigen Monaten wieder zunichtege-

Sauschweres Geschäft

Schweinezucht in Deutschland



Verzehr von Schweinefleisch in Deutschland, in Kilogramm pro Kopf



Futtermittelpreis im Großhandel, in Euro je 100 Kilogramm



Produktionskosten nach Haltungseinstufen, in Euro je Kilogramm Schlachtgewicht



* VEZG-Schweine-schlachtpreis, in Euro je Kilogramm Schlachtgewicht*

* Stand 30. November, VEZG: Vereinigung der Erzeugergemeinschaften für Vieh und Fleisch e.V.

5 • Quellen: Destatis, BMEL, ISN, VEZG

macht. Nachhaltige Lebensmittel mag sich derzeit kaum mehr leisten, die Kunden greifen wieder häufiger zu Billigfleisch. Ein großer Biohändler spricht vom »schlimmsten Einbruch« seit Jahren.

Bauern in der Falle

Andreas Klingelhöller stützt sich auf das Gelände einer jener großen Boxen, in denen die Mutterschweine nach dem Abferkeln in Gruppen gehalten werden. Ein paar Sauen rupfen Stroh aus einer Raufe, andere dösen. Durch Fenster dringt Tageslicht in den Stall. Schwein Nummer 2580 schiebt den Kopf unter Klingelhöllers Hand und lässt sich kraulen. Als sie die Boxen bauten, waren sie nicht vorgeschrieben, sie wären dem Paar ein Anliegen. »Wir wären sicher auch gute Biobauern geworden«, sinniert Dagmar Klingelhöller. Heute ist sie sich nicht mal sicher, ob sie ihren Hof noch an die Kinder wird weitergeben können, alle drei studieren Landwirtschaft.

Die Bauern stecken in einem kaum auflösbaren Dilemma: Hier die explodierenden Preise für die staatlich verordnete, artgerechtere Zucht, dort die Handelskonzerne, die sich aufgrund der hohen Inflation nicht auch noch auf höhere Zuschläge für mehr Tierwohl einlassen wollen. Wann immer es um konkrete Summen gehe, flüchtet sie die Handelsketten in »wachsweiche Begriffe«, wie »angemessene Bezahlung« oder »fairer Umgang«, klagt Klingelhöller. Ihr schweben eher gemeinsame Produktionsfirmen vor, die Aldi, Rewe und Co. ein Teilrisiko aufbürden. Etliche ranghohe Handelsvertreter habe sie durch ihren Stall geführt, am Ende seien sie »ohne Ergebnis weggedüst«. Als Erfolg gilt schon ein geplantes Logo, das Fleisch aus Deutschland hervorhebt.

Die Stimmung unter den Schweinehaltern ist so mies, dass sich die Zahl der Betriebe in den vergangenen zehn Jahren auf 17900 fast halbiert hat. Die jüngsten Kostenanstiege und die Afrikanische Schweinepest haben die Lage noch verschlimmert. Es geben selbst Pioniere auf, die ihren Tieren längst die gewünschten Außenställe gebaut haben. »Sie werden zum Aussteigen gedrängt, so nehmen es die Betriebe wahr«, sagt Torsten Staack, Geschäftsführer des Schweinehalter-Lobbyverbands ISN. Es fehle ein politischer Plan, die Tierhaltung geordnet umzubauen. Behörden stünden sich gegenseitig im Weg, weil sich Vorgaben widersprechen. So würden sie offene Ställe zumeist gar nicht genehmigen, aus Angst vor Am-

moniakemissionen. Ein bürokratischer Albtraum.

Politiker in der Dauerschleife

Landwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) ist der Mann, der das nun alles irgendwie hinbekommen muss. Vor allem muss er das dazu nötige Geld organisieren, wenn weder Verbraucher noch Handelsketten bereit sind, für das Tierwohl zu bezahlen. Von 2025 an werden mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr allein für mehr Platz, frische Luft und Auslauf für Rinder, Schweine und Geflügel fällig. Mit steigenden Vorgaben klettern die Ausgaben sukzessive höher – ab 2040 auf 3,6 Milliarden Euro, pro Jahr. Der Stallumbau macht dabei noch den geringsten Teil aus, 80 Prozent der Kosten gehen für den laufenden Betrieb drauf, für mehr Betreuung, mehr Stroh, das Ausmisten.

Ausgerechnet hat die Zahlen eine Expertenkommission um Özdemirs Urvorgänger Jochen Borchert. Tierwohl, sagt er, sei nun mal »nicht gratis zu haben«. Der 82-Jährige gilt mittlerweile als eine Art graue Eminenz in der Sache, wer nicht weiterkommt, konsultiert ihn. Dabei kommt er eigentlich aus einer längst versunkenen Zeit, war Landwirtschaftsminister im Kabinett Helmut Kohls, als sich der Agrarsektor noch dem Mantra »wachse oder weiche« verschrieben hatte. Heute denkt er anders.

Ende September sitzt Borchert im Esszimmer seines Bauernhauses nahe Bochum und sagt: »Wir stehen an einem Scheideweg.« Deutschland sei dabei, »beim Weg zu mehr Tierwohl den richtigen Moment zu verpassen«. Sein Konzept, auf das sich die sonst notorisch zerstrittenen Gruppen – Tierhalter, Handel, Schlachtbetriebe und Agrarökonomien – einigen konnten, liegt seit 2020 auf dem Tisch. Und doch kommt nichts davon voran.

Es könnte daran liegen, dass der Bericht sehr genau beziffert, was höhere Standards kosten. Zur Finanzierung all der benötigten Milliarden schlägt die Kommission einen höheren Mehrwertsteuersatz oder eine Abgabe vor. 40 Cent pro Kilogramm Fleisch. »Tragbar«, findet Borchert, es wären für Fleischkonsumenten wöchentlich im Schnitt 70 Cent. Finanzhilfen für einkommensschwache Haushalte seien in den Kosten einkalkuliert. Am Ende, so seine Botschaft, werden die Verbraucher die Summe aufbringen müssen. Aber der Staat müsse in Vorleistung gehen.

Windräder und Solaranlagen würden schließlich auch gefördert, damit die Energiewende gelinge, argumen-

tiert Borchert. Tierwohl sei eine gesellschaftliche Aufgabe, »so wie die Straßenbeleuchtung«. Nur wer möchte in Zeiten von Inflation und Energiekrise die Konsumentinnen und Konsumenten im Supermarkt extra zur Kasse bitten?

Also zerlegt die Regierung den großen Wurf in lauter Salamischeiben. Eine Milliarde Euro will Özdemir für den Umbau der Schweinehaltung ausgeben – auf vier Jahre gestreckt. Das »kann ein Einstieg sein«, sagt Borchert höflich. Der Minister habe schon angefragt, ob seine Kommission auch ihn beraten würde.

Doch Borchert möchte zuerst die Zusage, dass Landwirte langfristige Verträge für den Tierwohlumbau bekommen, um zu »verhindern, dass der Staat später wieder umkippt«. Die Erzeuger müssten neue Ställe schließlich über 20 Jahre abzahlen. Er könne »keinem Bauern raten«, nächstes Jahr auf die besseren Haltungsformen 3 oder 4 mit Offenställen und Auslauf umzustellen, »wenn die Kosten des Betriebs nur für wenige Jahre gesichert sind«. Ohne ein langfristiges Finanzierungskonzept »pausieren wir unsere Beratung«.

Die Pause könnte etwas länger dauern. Özdemir hat schon Schwierigkeiten, die erste Rate von 150 Millionen Euro aufzubringen, die er im Agrarhaushalt 2023 für den Umbau der Tierhaltung einstellen wollte. Der Haushaltsausschuss des Bundestags sperrte die Summe vergangene Woche vorerst. Es fehle ein Konzept. Der Minister betonte, an den Eckpunkten werde gearbeitet.

Özdemirs Problem: FDP-Finanzminister Christian Lindner hält nicht viel von seinen Plänen. Die Liberalen wollen vermeiden, dass der Staat neue Schulden macht. Die Partei hat ihr Schicksal daran geknüpft, Steuererhöhungen zu blockieren. Der Markt werde es schon richten, auch in der Landwirtschaft.

Immerhin: Wenigstens ein staatliches Siegel, wie Tiere gehalten werden, könnte Özdemir gelingen. Seine Vorgängerinnen und Vorgänger waren daran kläglich gescheitert. Auch für Özdemirs Entwurf, vorgestellt im August, hagelte es Kritik von allen Seiten: »Stückwerk«, »Rückschritt für Tierwohl« und »unausgereifte Mogelpackung«. Der Bundesrat winkte das Vorhaben vergangene Woche mit einer Fülle von Änderungswünschen durch – vermutlich, damit überhaupt etwas geschieht. Nun fehlt noch das Votum des Bundestags.

Mit Özdemirs Logo wäre die Kennzeichnung erstmals verpflich-



Kay Nietfeld / picture alliance / dpa

Agrarminister Özdemir

tend. Und doch ist es nur eine Light-Version. Alles, was schwieriger umzusetzen ist, hat der Grüne ausgeklammert: Das Siegel soll nur für frisches Schweinefleisch gelten – also für 20 Prozent dessen, was aus Schwein hergestellt wird. Wurst wird nicht erfasst. Rind-, Hühner- und Putenfleisch bleiben außen vor, genauso Fertigprodukte und Gastronomie. Sogar Ferkel, die im Ausland betäubungslos kastriert werden, können später ein Gütesiegel erhalten, wenn sie überwiegend in deutschen Ställen gemästet werden. Eine echte Kontrolle der Betriebe fehlt. Es gehe nicht »alles auf einmal«, dies sei eine »erste Etappe«, verteidigt sich Özdemir.

Handel in Blockadehaltung

In der Werbung des Handels sieht das ganz anders aus, dort wird suggeriert, das Tierwohlproblem sei mehr oder weniger gelöst. Discounter Aldi wirbt mit »Haltung ändern« für mehr Tierwohl in der Zukunft, Rewe und Lidl überbieten sich mit Bioprogrammen, unterstützt von viel Trara.

Die Wahrheit ist dann zumeist nicht ganz so rosa. Die in der Initiative Tierwohl engagierten Bauern erhalten gut fünf Euro pro Schlachttier, wenn sie für mehr Platz und Beschäf-

tigungsmaterial sorgen. 150 Millionen Euro stellten die vier Handelsriesen Rewe, Edeka, Aldi und Lidl dafür jährlich im Schnitt bereit – zusammen. Dabei wird es wohl nicht bleiben. Viele Handelsketten verhandeln derzeit neue Verträge, die geringere Volumen oder kürzere Lieferzeiten enthalten. Grund: Die Verbraucher kaufen gegenwärtig vor allem Billigfleisch.

Die Bauern fürchten, dass sie trotz der vielen schönen Werbeversprechungen auf den Kosten sitzen bleiben. Die nach ihren Treckerprotesten erfolgte Ankündigung von Aldi, von 2030 an nur noch die besseren Haltungsstufen 3 und 4 anbieten zu wollen, gelten in der Branche als wenig verlässlich. »Darauf können wir nicht bauen«, sagt eine Landwirtin. Sobald die Kundschaft von hohen Preisen abgeschreckt werde, knickten die Händler ein. Es brauche »einen Paradigmenwechsel, der auch uns etwas kosten wird«, gesteht selbst ein Handelsmanager ein. Aber in den Chefetagen funktionierten stets nur die alten Reflexe: »Wenn Aldi ein Produkt billiger macht, ziehen alle nach«.

Ohne eine massive Intervention des Staates, so viel scheint klar, wird das Versprechen vom Tierwohl kaum mehr bleiben als eine Phrase. Darüber können auch die wenigen positiven Beispiele, die es gibt, nicht hinwegtäuschen. Eines dieser Vorbilder sind die Kölner Rewe-Kaufleute Lutz und Peter Richrath, die in ihren 16 Supermärkten seit fast 15 Jahren Fleisch aus höheren Haltungsstandards verkaufen. Die Mehrkosten für besseres Futter und teureren Strom erstatten die Brüder ihrem Schweinebauern. Die Preise werden jeweils für ein halbes Jahr festgelegt.

Das alles geht nur, weil die Kundinnen und Kunden bereit sind, einen Aufpreis für das Tierwohl zu bezahlen. Warum sie das sind? Weil »wir sehr viel informieren, wie es den Tieren wirklich geht«, sagt Lutz Richrath. Bildschirme in den Läden senden Schweine-TV live aus dem Stall. Zudem laden sie die Kundschaft zum Sommerfest und Schlemmerbrunch mit dem Landwirt ein, der regelmäßig selbst in die Läden kommt.

Solche direkten Abkommen mit einzelnen Bauern seien für zentralisierte Handelskonzerne überhaupt nicht machbar, verteidigt sich ein Discountermanager. Er sei »auf schlanke Prozesse angewiesen« – und schon froh, wenn er mal zwei, drei Wochen ohne Preiskampf durchkomme.

Kristina Gnirke, Maria Marquart, Jonas Schaible

Rewe-Händler Peter Richrath: Schweine-TV im Supermarkt



David Klammer / DER SPIEGEL